

Schweizerisches Komitee „Nein zur Post-Steuer“



NEIN zur überflüssigen Initiative

Argumentarium gegen die Volksinitiative „Postdienste für alle“

10. August 2004

*Schweizerisches Komitee « Nein zur Post-Steuer »
Postfach 7107 – 3001 Bern
<http://www.poststeuer-nein.ch>*

NEIN zur überflüssigen Post-Initiative

Argumentarium gegen die Volksinitiative „Postdienste für alle“

Übersicht

Die linke Post-Initiative ist völlig überholt. Das Volksbegehren der Gewerkschaften will die Post ins Museum stellen und an verkrusteten Post-Strukturen festhalten. Das ist unflexibel und unnötig. Die Bundesverfassung und das neue Postgesetz garantieren bereits eine flächendeckende Versorgung unseres Landes mit Postdiensten. Dies wird den Bedürfnissen der Konsumenten und des Gewerbes vollkommen gerecht. Zudem sind die finanziellen Folgen der Initiative völlig unberechenbar. Sie will diese Kosten in Millionenhöhe ganz einfach dem Bund übertragen. Als ob der Bund nicht schon genug Aufgaben und Ausgaben hätte. Es ist somit absehbar: Für die Steuerzahler entstehen durch die Initiative erhebliche Mehrbelastungen.

Konkret enthält die Initiative vier Elemente:

1. eine Garantie für die Grundversorgung mit Postdiensten
2. ein flächendeckendes Poststellennetz
3. den Einbezug der Gemeinde bei Entscheiden zu diesem Netz
4. eine finanzielle Abgeltung des Bundes

Die ersten drei Anliegen wurden bereits bei der Revision des Postgesetzes im Jahre 2003 berücksichtigt. Und der vierte Punkt wird massive Mehrkosten auslösen. Sie können jährlich bis zu 500 Millionen ausmachen. Die Initiative kommt den Bund und Postkunden also teuer zu stehen. Sie schießt über das Ziel eines guten und preisgünstigen Universaldienstes hinaus.

Die Initiative ist auch eine Mogelpackung. Sie spricht in ihrem Titel von den Postdiensten. In Wirklichkeit geht es den Initianten jedoch allein darum, die Anzahl der Poststellen festzuschreiben. Das kann kein Ziel vernünftiger Politik sein. Die Postdienste sind schon heute für alle garantiert. Und sie werden von der Post zur Zufriedenheit der Kunden angeboten. Die Post selber will die Initiative nicht, weil sie ihr schadet. Die Initiative ist unnötig und sie führt zu massiven Mehrkosten.

Fazit - Die Post-Initiative ist aus drei Gründen abzulehnen:

1. **Die Initiative ist überflüssig.** Das Postgesetz verpflichtet die Post bereits ein flächendeckendes Poststellennetz zu betreiben.
2. **Die Initiative ist teuer.** Sie schreibt der Post teure Strukturen vor und der Bund soll bezahlen. Das kommt uns teuer zu stehen.
3. **Die Initiative wird von der Post selber abgelehnt.** Die Post will nicht zu einem Museum werden. Sie will sich weiter entwickeln und sich den wandelnden Bedürfnissen der Kunden anpassen. Deshalb sagt die Post entschieden Nein zur überrittenen Initiative. Die Initiative ist eine Zwängerei von rückwärtsgewandten Nostalgikern.

1 NEIN zu einer teuren Initiative

1.1 Der Bund soll bezahlen – mit einer Post-Steuer?

Die Post soll sich entwickeln und konkurrenzfähiger werden. Die Post-Initiative jedoch will genau das Gegenteil. Sie will den heutigen Zustand der Post zementieren. Das Poststellennetz soll zu jedem Preis eingefroren werden. Das ist teuer. Wenn die Post die Kosten dafür nicht selber aufbringen kann, dann soll der Bund bezahlen. So einfach ist das.

Die Initiative verlangt eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den ungedeckten Kosten des Poststellennetzes. Zwar gehört zur Grundversorgung auch ein flächendeckendes Poststellennetz. Ein flächendeckendes Netz ist jedoch bereits heute durch das Postgesetz garantiert. Die Initiative will genau den heutigen Stand an Poststellen festschreiben und mit der Bundesverfassung garantieren. Das ist unflexibel und hat erhebliche finanzielle Konsequenzen für die Post zur Folge. Die Post wird gehindert, ihre unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen, dafür muss der Bund allfällige Defizite aus dem Poststellennetz decken. Neben den Kunden, welche das Netz mit den Posttaxen bezahlen, verlangt das Initiativkomitee, dass auch der Bund in die Tasche greift und allfällige Defizite deckt. Jährlich kommen somit zusätzliche Ausgaben von 500 Millionen auf den Bund zu.

In der angespannten Finanzlage des Bundes ist ein weiterer Posten in der Höhe von einer halben Milliarde nicht verkraftbar. 2,8 Milliarden betrug das Defizit des Bundeshaushalts im Jahre 2003. Die Schulden steigen Jahr für Jahr. Allein die Eidgenossenschaft steht vor einem Schuldenberg von 124 Milliarden Franken. Die Schuldenbremse zwingt den Bund zum Ausgleich des Haushalts über die Jahre. Von diesem Ziel ist die Schweiz weit entfernt. Zusätzliche Ausgaben sind nur sehr schwer zu finanzieren. Ohne Abstriche in anderen Bereichen ist kein Spielraum vorhanden. Das strukturelle Defizit wird mit der Initiative vergrössert, der staatliche Handlungsspielraum weiter eingeschränkt. Weil dem Bund die Mittel fehlen, führt die Initiative unweigerlich zu einer Post-Steuer. Wollen wir wirklich neue Steuern erheben, um nicht benötigte Strukturen um jeden Preis zu erhalten. Neue Steuern wollen wir nicht, wie die Abstimmung über die Mehrwertsteuer im Mai 2004 gezeigt hat.

Angespannte Situation der Bundeskasse

Seit über zehn Jahren lebt die Schweiz über ihre Verhältnisse. Dies hat zu einer massiven Staatsverschuldung geführt. So machten 1990 die Schulden der öffentlichen Hand 98 Milliarden Franken aus. Inzwischen hat sich der Schuldenberg mehr als verdoppelt – auf 235 Milliarden Franken! Grund dafür ist die masslose Ausgabenflut, welche beispielsweise von 1999 bis 2002 von 150 Milliarden auf 170 Milliarden Franken hochschnellte. Dieses Ausgabenwachstum fällt in etwa doppelt so hoch aus wie das wirtschaftliche Wachstum in dieser Zeit. Für die Zukunft ist keine Besserung in Sicht, obschon sich ein weiteres Ausgabenwachstum für die Schweiz verheerend auswirken könnte. Mit zusätzlichen Ausgaben etwa für Poststellen, fehlt Geld in anderen Bereichen. Der Subventionstopf wird mit der Initiative nicht grösser, nur essen mehr davon.

1.2 Bezahlen die Kunden mit höheren Taxen?

Mit der Initiative wird das Poststellennetz politisch verteuert, da Strukturen erhalten werden müssen. Dadurch erhöht sich der Druck auch auf die Post, die Taxen zu erhöhen, um die strukturellen Defizite des Poststellennetzes zu decken. Denn die Post hat den Auftrag eigenwirtschaftlich zu sein. Sie soll kein Verlustgeschäft sein. Sind wir wirklich bereit, für eine überflüssige Initiative mehr Porto zu bezahlen.

Subventionen für das Poststellennetz : Ein Novum in Europa

Kein EU-Staat kennt eine finanzielle Abgeltung des Poststellennetzes. Die Kosten des Netzes werden mit den ordentlichen Einnahmen der Post gedeckt. Subventionen sind nicht nötig. Subventionen setzen falsche Anreize. Die Post muss in erster Linie den Universaldienst erbringen. Subventionen für das Poststellennetz führen aber nicht zu Investitionen in Dienstleistungen für den Kunden. Die Subventionen für die Poststellen garantieren noch keinen guten Service public. Sie fördern nur den Erhalt von nicht benötigten und teuren Strukturen.

Subventionen setzen falsche Anreize für die Post. Denn die Post muss sich nicht mehr die Mühe nehmen, die Kosten zu decken. 500 Millionen Franken Subventionen sind erst der Anfang.

2 NEIN zu einer schädlichen Initiative

2.1 Post braucht unternehmerische Freiheit

Die Post hat die Grundversorgung zu gewährleisten. Die Post muss dabei vom Kunden ausgehen. Die Bedürfnisse der Kunden stehen an erster Stelle, denn die Post erbringt die Dienstleistungen für den Kunden. Die Bedürfnisse der Kunden ändern sich. Das Briefvolumen ist rückläufig, stattdessen zählen die Leute vermehrt auf E-Mail, Fax und SMS. Die Post muss auf diese Änderungen der Nachfrager reagieren können. Beispielsweise lässt sich eine Poststelle bequem in den Dorfladen oder die Gemeindeverwaltung integrieren. Das senkt die Infrastrukturkosten für die Post. Dem Kunden bringt es verlängerte Öffnungszeiten. Einkauf und der Gang zur Post lassen sich in einem erledigen. In Zentren mit stark frequentierten Poststellen bietet sich eine Verlängerung der Öffnungszeiten an. Wartezeiten werden dadurch verkürzt. Das Angebot wird verbessert. Neue Dienstleistungen können den Kunden angeboten werden. Dafür braucht die Post unternehmerischen Spielraum. Wenn wir eine starke Post wollen, dann sollten wir sie nicht unnötig einschnüren. Denn die Post soll selber entscheiden, wie sie den Service public am besten erbringt.

Die Post selbst lehnt die Initiative klar ab, da die Initiative die Post unnötig einschränkt. Die Initiative verlangt zu viel. Sie auferlegt der Post enorme Lasten und lähmt den Service public. Eine lahme Post kann nicht im Interesse der Kunden sein.

„Um auf solche [erhöhter Wettbewerb] Herausforderungen zu reagieren, benötigen wir Flexibilität. Ein einbetoniertes Poststellennetz wäre ein Hemmschuh.“

Dr. Ulrich Gygi, Konzernleiter Post

2.2 Finanzieller Spielraum vorhanden

Die Post ist ein gewinnbringendes Unternehmen. Im Jahre 2003 erwirtschaftete sie einen Gewinn von 366 Millionen Franken. Alle Kosten der Grundversorgung sind damit gedeckt. Durch den geschützten Monopolbereich in der Briefpost hat die Post weiterhin die Möglichkeit, die Grundversorgung zu finanzieren. Der Bund sieht denn auch vor, dass die Post sich in erster Linie aus den Erträgen des Monopolbereichs (Briefpost), den nicht-reservierten Diensten (Paketpost, Zeitungen, Zahlungsverkehr) und den Wettbewerbsdiensten (alles andere) finanziert. Die Post muss als Ganzes eigenwirtschaftlich handeln und eine Steigerung des Unternehmenswertes erreichen. Zusammen mit der Grundversorgung sind das die Vorgaben des Bundesrates. Der Monopolschutz bei der Briefpost

„Es ist nicht sinnvoll, nicht mehr benutzte Strukturen – und die Veränderungen im Konsumverhalten sind eben auch zur Kenntnis zu nehmen – zu finanzieren, obwohl, die Grundversorgung auch mit neuen flexibleren Formen aufrechterhalten werden kann.“

Bundesrat Moritz Leuenberger

hilft ihr bei der Finanzierung der Grundversorgung. Ohne Konkurrenz kann die Post mit dem Briefverkehr Mittel für die Grundversorgung erwirtschaften.

Ein Vergleich mit dem Ausland, wo die Post in harter Konkurrenz steht, zeigt, dass die Post selbsttragend wirtschaften kann. Die Deutsche Post beispielsweise ist sehr wettbewerbsfähig und ist stark am Markt positioniert. Dabei verlor die Post den öffentlichen Auftrag nicht aus den Augen. Die Kunden sind mit der Post zufrieden.

Die Finanzielle Situation des Poststellennetzes

Das Poststellennetz dient in erster Linie dem Verkauf und der Beratung von Postdienstleistungen. Die Erträge fallen deshalb vor allem in den Segmenten Briefpost, Paketpost und PostFinance an. Diese Segmente bezahlen für die vom Poststellennetz bezogenen Dienstleistungen Verrechnungspreise an das Segment Poststellen. Daraus resultieren immer noch Defizite.

Der Monopolbereich der Post wirft eine Monopolrente ab. Defizite des Poststellennetzes werden dadurch gedeckt.

Kennzahlen 2003	Poststellen
Betriebsertrag	1588 Mio.
- Betriebskosten	- 2048 Mio.
= Ungedekte Kosten	- 460 Mio.
+ Monopolrente	460 Mio.
+ Ertrag Dritt-Produkte	18 Mio.
Betriebsergebnis	18 Mio.

Quelle: Geschäftsbericht 2003 der Post

2.3 Initiative schnürt Entwicklungsmöglichkeiten der Post ein

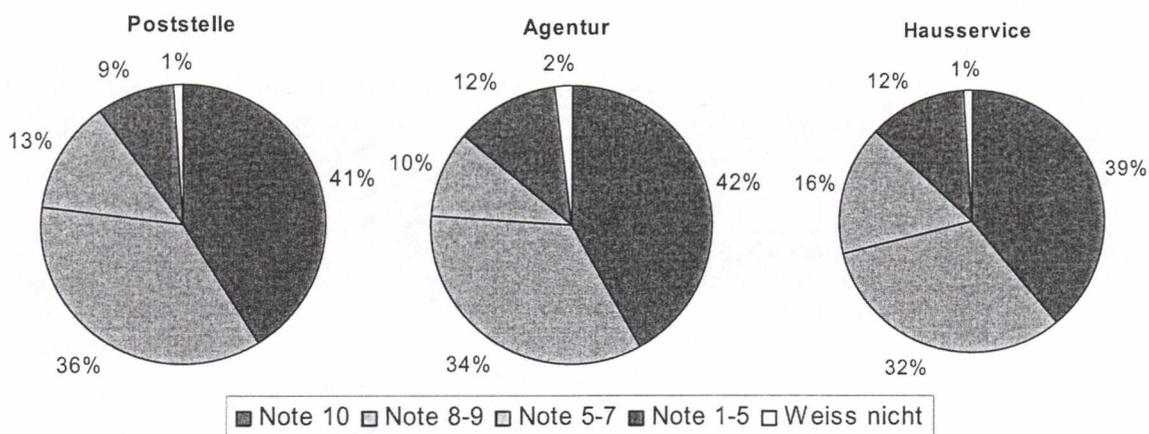
Die Initiative legt das Gewicht der Grundversorgung einseitig auf das Poststellennetz. Die Initiative will das heutige Poststellennetz zementieren und in der Bundesverfassung festschreiben. Es geht also nicht um die Postdienste, sondern nur um die Poststellen. Postdienste werden schon heute in sehr hoher Qualität allen angeboten. Dafür braucht es die Initiative nicht.

Umfragen zeigen, dass die Kunden mit der Post sehr zufrieden sind, unabhängig von der Art der Poststelle. Auch der Haus-Service schneidet sehr gut ab. Mit den unabhängigen Umfragen wird die Qualität der Post laufend kontrolliert. Die Resultate zeigen, dass die Post auf dem richtigen Weg ist und es ihr gelingt auf die Bedürfnisse der Kunden zu reagieren.

Künftig will die Post 2'500 Poststellen in der Schweiz betreiben. Damit hat die Schweiz eines der dichtesten Poststellennetze der Welt. Auf 10'000 Einwohner kommen 4,0 Poststellen. Der europäische Durchschnitt liegt bei 2,5 Poststellen je 10'000 Einwohner. In der Schweiz gibt es noch den Hausservice. Bewohner von Gemeinden ohne eigene Poststelle werden an der Haustüre mit dem gesamten Angebot der Grundversorgung bedient. Der Haus-Service wird von der Kundschaft geschätzt. Gerade für ältere Menschen oder solche mit Gehbehinderungen bringt der Service an der Haustüre viele Vorteile.

Hohe Kundenzufriedenheit mit den Poststellen

Die Kunden sind mit den Poststellen sehr zufrieden. $\frac{3}{4}$ der Befragten gaben in einer unabhängigen Umfrage den Poststellen die Note 8 oder mehr. Die Resultate sind repräsentativ für alle Formen der Poststelle, auch für den Hausdienst.



Die Initiative macht einen Schritt in die falsche Richtung. Die Initiative zwingt die Post eine teure und unnötige Infrastruktur zu erhalten oder gar auszubauen. Der Post fehlt es damit an Geld. Es fehlt an Geld für Investitionen in neue Dienstleistungen. Eine gute Post muss sich entwickeln können. Sie muss die Bedürfnisse der Kunden aufnehmen und umsetzen können. Die Initiative zwingt die Post hingegen an der jetzigen Struktur festzuhalten. Die Post kann sich nicht mit dem Kunden weiterentwickeln. Im Gegenteil, die Handlungsmöglichkeiten der Post werden eingeschnürt. Die Post leistete gute Arbeit. Jetzt dürfen wir sie mit unnötigen Initiativen nicht lähmen.

Die Post hat in der Schweiz einen sehr guten Ruf und die Dienstleistungen der Post werden geschätzt. Dieses Anliegen will die Post auch in Zukunft erfüllen. Damit die Post ihre Chancen wahrnehmen kann muss sie nach vorne blicken. Die Initiative versucht hingegen das Rad der Zeit zurückzudrehen. Das ist nicht im Interesse der Post, weshalb sie die Initiative auch ablehnt.

„Service public heisst für mich qualitativ gute Leistungen und hängt nicht von der Anzahl der Poststellen ab.“

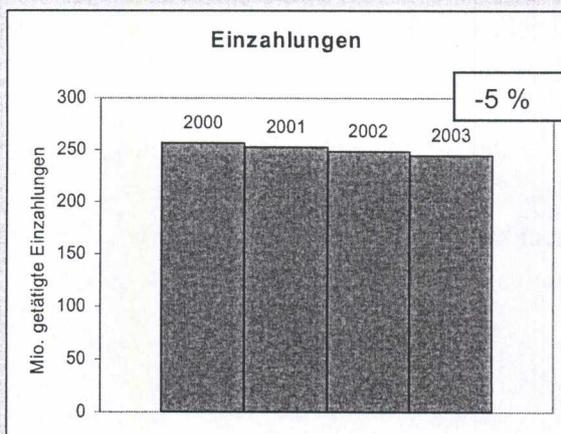
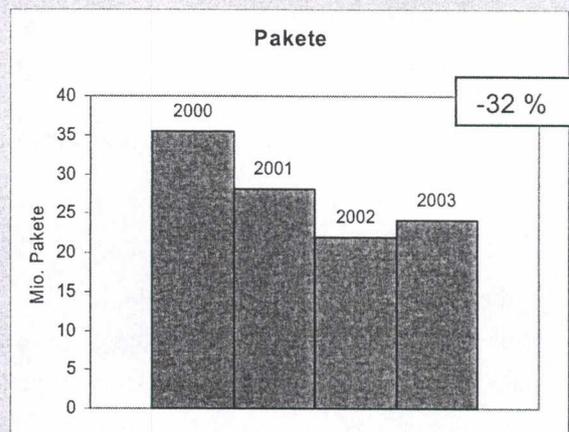
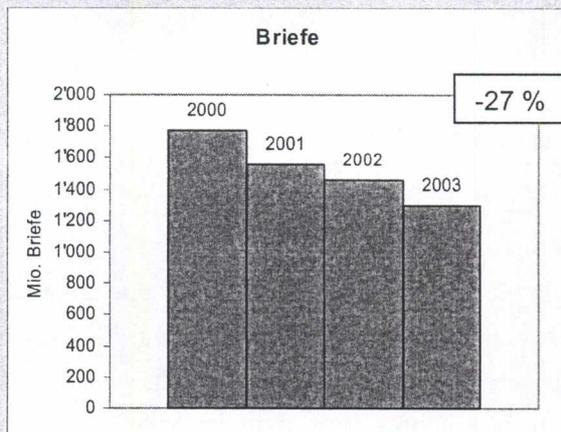
Anton Menth, VR-Präsident der Post

2.4 Neues Umfeld der Post

Das Kundenverhalten ändert sich. Immer häufiger greifen Kunden auf andere Dienstleistungen zurück. Die Post verzeichnete einen Rückgang bei der Briefpost sowie bei der Paketpost. Briefe werden immer mehr durch Fax, E-Mail und SMS verdrängt. Dadurch werden die klassischen Schalterangebote immer weniger beansprucht. Der Zahlungsverkehr wird vermehrt elektronisch oder per Zahlungsauftrag an die Bank von zu Hause erledigt. Die Poststellen werden dadurch weniger stark frequentiert.

Das veränderte Umfeld spiegelt sich auch in der Statistik der Post wieder. Besonders stark abgenommen haben die Sendungen, welche an den Poststellen aufgegeben werden (Vgl. Tabelle und Grafik). In den letzten Jahren wurden fast 600 Millionen weniger Briefe am Postschalter abgegeben. Bei den Paketen ist die Abnahme gar noch stärker. 15 Millionen weniger Pakete gingen über den Schalter.

Geschäftsrückgang in den Poststellen



Die getätigten Geschäfte in den Poststellen sind rückläufig. Das zeigen die Zahlen. Seit 2000 wurden 32 % weniger Päckchen aufgegeben. Bei der Briefpost musste die Post einen Rückgang von 27 % hinnehmen. Sogar die robusten Einzahlungen gingen um 5 % zurück.

In Poststellen aufgegebenen Briefe/Pakete bzw. gemachte Einzahlungen. Quelle: Post

In den umliegenden Nachbarländern entwickelte sich der Postmarkt wesentlich dynamischer. Durch sanfte Liberalisierungsschritte konnten die Postdienstleister die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Dank neuen Dienstleistungen wurde ein Wachstums- und Beschäftigungspotential geschaffen. Die Grundversorgung wurde nicht gefährdet. Die Universaldienste funktionieren.

In der Schweiz profitiert die Post im Vergleich zur EU von hohen Monopolgrenzen. Briefe von einem Gewicht bis ein Kilogramm dürfen nur von der Post befördert werden. In der EU gilt das nur für Briefe bis hundert Gramm. Ab 2006 liegt die Monopolgrenze in der Schweiz voraussichtlich bei 100 Gramm, in der EU bei 50 Gramm. Seit Januar 2004 ist die Beförderung von Paketen in der Schweiz nicht mehr im Postmonopol enthalten.

Postmonopol	CH	EU
2004	Briefe bis 1 kg	Briefe bis 100g
2006	Briefe bis 100 g	Briefe bis 50g

Im internationalen Vergleich hinkt die Schweizer Post hinterher. Ausländische Konkurrenten mussten ihre Effizienz steigern. Davon profitieren in erster Linie die Kunden. Sie können auf einen günstigen und effizienten Service public zählen. Die Konkurrenz konnte den Handlungsspielraum nutzen. Das will auch unsere Post. Die unnötigen Einschränkungen der Initiative schaden der Post und letztlich auch dem Service public.

3 NEIN zu einer überflüssigen Initiative

3.1 Die wichtigsten Anliegen der Initiative sind bereits umgesetzt

Im neuen Postgesetz und in der neuen Postverordnung wurden die Hauptanliegen des Initiativkomitees bereits aufgenommen und umgesetzt. Der Auftrag der Post wurde durch den Infrastrukturauftrag der Post ergänzt. Damit muss die Post bereits jetzt ein flächendeckendes Poststellennetz betreiben. Das Parlament hat das erkannt. Es hat die Post mit der Revision des Postgesetzes verpflichtet, ein flächendeckendes Poststellennetz zu betreiben und damit die Grundversorgung zu gewährleisten. Die Ziele bleiben damit die selben: Die flächendeckende und preiswerte Versorgung mit Postdienstleistungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Post. Das erfüllt die Post auch und es erlaubt ihr besser zu werden.

Ein Anhörungsrecht der Gemeinden bei der Gestaltung des Poststellennetzes ist bereits in Kraft. Bei Uneinigkeit kann die betroffene Gemeinde eine unabhängige Kommission anrufen. Die Kommission gibt eine Empfehlung ab, welche von der Post beim Entscheid über die Poststellen berücksichtigt werden muss. Jedes Jahr muss dem Parlament ein Bericht über das Poststellennetz vorgelegt werden.

Hauptanliegen der Initiative bereits erfüllt

Die Forderungen der nach einer flächendeckenden Grundversorgung mit Poststellennetz sind in der Verfassung und im Postgesetz bereits erfüllt. Das Anhörungsrecht der Gemeinde ist in der Postverordnung verankert.

Art. 2 Abs. 3 Postgesetz: Auftrag der Post

Die Post betreibt landesweit ein flächendeckendes Poststellennetz und stellt sicher, dass die Dienstleistungen des Universaldienstes in allen Regionen für alle Bevölkerungsgruppen in angemessener Distanz erhältlich sind. Die Hauszustellung erfolgt grundsätzlich in allen ganzjährig bewohnten Siedlungen.

Art. 7 Postverordnung: Verlegung und Schliessung einer Poststelle

Vor der Verlegung oder Schliessung einer Poststelle hört die Post die Behörden der betroffenen Gemeinden an. Sie strebt eine einvernehmliche Lösung an.

Das Departement beruft eine unabhängige Kommission ein, der das Entscheiddossier mit den Stellungnahmen der Behörden nach Absatz 1 unterbreitet wird, falls keine einvernehmliche Lösung zustande kommt; die Kommission beurteilt den Zugang zum Universaldienst der betroffenen Region und gibt eine Empfehlung ab.

Die Post entscheidet endgültig; sie berücksichtigt insbesondere das Ergebnis der Anhörung nach Absatz 1 und die Empfehlung der Kommission nach Absatz 2.

Änderungen in Kraft seit 1. Januar 2004

3.2 Die Initiative hält nicht was sie verspricht

Es ist wenig sinnvoll, nicht benötigte Infrastruktur zu erhalten und finanziell zu subventionieren. Die Post hat in erster Linie den Auftrag Post-Dienstleistungen zu erbringen und nicht Infrastrukturen zu erhalten.

Wenn der Bund einfach die Defizite bezahlt, fehlt der Post der Anreiz die Dienstleistungen effizient zu erbringen. Sie muss sich nicht mehr auf den Kunden ausrichten.

Abgeltungen für das Poststellennetz sind daher kontraproduktiv. Die Post würde durch Subventionen angehalten, statt den Universaldienst zu optimieren, die Abgeltungen des Bundes zu maximieren. Dadurch würde das Poststellennetz nicht mehr an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet werden. Unter dem Eindruck Veränderungen seien nicht nötig, würde die Post auf Weiterentwicklungen verzichten. Die Qualität des Universaldienstes leidet darunter stark und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Post. Dem Interesse der Kunden ist damit sicher nicht gedient. Und auch nicht den Mitarbeitern der Post. Die haben eine bessere Zukunft in einer starken und konkurrenzfähigen Post.

„Die Initiative ist unnötig, da deren wichtigst Anliegen in der Zwischenzeit bereits in die Gesetzgebung eingeflossen sind.“

Dr. Ulrich Gygi, Konzernleiter Post

4 Bundesrat und Parlament

Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative zur Ablehnung. Mit der Revision des Postgesetzes und der Postverordnung wurden die Anliegen der Initianten zu einem grossen Teil bereits umgesetzt. Diese sind seit anfangs Jahr auch bereits in Kraft. Der Bundesrat erachtet eine Ergänzung der Bundesverfassung als unnötig, denn bereits heute verpflichtet die Bundesverfassung den Bund zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung. Unabhängige Untersuchungen zeigen, dass die Kunden mit den Dienstleistungen zufrieden sind und dass sich der beschrittene Weg der Post bewährt. Mit der Revision des Postgesetzes und der Postverordnung haben Bundesrat und Parlament die Weichen für eine vernünftige Zukunft der Post gestellt.

Das Parlament ist dem Bundesrat gefolgt. Finanzielle Abgeltungen des Bundes für die Post stehen im Widerspruch zur Postreform 1998 und zur Lage auf dem internationalen Umfeld. Die gegenwärtige schlechte finanzielle Lage der Bundeskasse erlaubt keine weiteren Ausgaben. Dringend benötigte Mittel für andere Aufgaben würden fehlen. Die Initiative stösst daher auf eine breite Ablehnung. An der Schlussabstimmung im Parlament am 19. März 2004 sprach sich der Ständerat mit 31 zu 12 Stimmen und der Nationalrat mit 105 zu 84 Stimmen gegen die Initiative aus.

5 Initianten

Die Initiative wurde von den Gewerkschaften lanciert. Die Post-nahe Gewerkschaft Kommunikation engagiert sich an vorderster Front. Sie setzen sich für den Status quo beim Poststellennetz ein und verlangen Bundessubventionen dafür. Das strukturkonservative Anliegen findet vor allem in der Westschweiz und im Tessin Anklang. Zu Lasten der Post betreibt das Initiativkomitee Regionalpolitik. Der von den Initianten heraufbeschworenen Massenentlassungen finden nicht statt. Beim Umbau des Poststellennetzes wurden keine Mitarbeiter entlassen. Davon wird die Post auch nicht abrücken.

Mit absurden Horrorszenarien von einer postalischen Wüste streuen sie Sand in die Augen der Bevölkerung. Das Poststellennetz der Schweiz ist immer noch eines der dichtesten in ganz Europa und das ist auch ohne die Initiative der Fall.

5.1 Wortlaut der Initiative

Die Bundesverfassung soll wie folgt geändert werden:

Art. 92 Abs. 3 (neu) BV

Der Bund garantiert eine Grundversorgung mit Postdiensten, welche den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft entspricht. Diesem Zweck dient ein flächendeckendes Poststellennetz. Der Bund sorgt dafür, dass die Gemeinden in die Entscheide betreffend das Poststellennetz einbezogen werden.

Art. 92 Abs. 4 (neu) BV

Die Kosten für die Grundversorgung mit Postdiensten, welche weder durch die Einnahmen aus den reservierten Diensten noch durch Konzessionsgebühren gedeckt sind, werden vom Bund getragen.